

Statistik informiert ...

Nr. 25/2005

23. Februar 2005

Insolvenzen in Hamburg und Schleswig-Holstein 2004 Trotz gegensätzlicher Entwicklung bei den Unternehmens- insolvenzen höhere Gesamtzahl der Insolvenzen in beiden Ländern

In Schleswig-Holstein wie auch in Hamburg ist 2004 die Zahl aller beantragten Insolvenzen, d. h. die der Unternehmen und der sonstigen Schuldner, gestiegen, und zwar in Schleswig-Holstein um elf Prozent und in Hamburg um acht Prozent. Wie das Statistikamt Nord weiter mitteilt, verlief jedoch die Entwicklung bei den einzelnen Schuldnergruppen durchaus unterschiedlich. So sank bei den Unternehmensinsolvenzen die Anzahl der in Hamburg beantragten Verfahren um elf Prozent, in Schleswig-Holstein nahm sie dagegen um sieben Prozent zu.

Die sonstigen Schuldner stellten in beiden Ländern mehr Insolvenzanträge als noch 2003; in Schleswig-Holstein betrug die Zunahme zwölf Prozent und in Hamburg 20 Prozent. Innerhalb der Gruppe der sonstigen Schuldner war bei den Verbrauchern eine deutliche Zunahme der Fallzahlen festzustellen – das Interesse an dieser Möglichkeit der Entschuldung ist in beiden Ländern nach wie vor hoch. So wurden von den Insolvenzgerichten in Schleswig-Holstein 44 Prozent und in Hamburg 20 Prozent mehr Insolvenzanträge von Verbrauchern gezählt. Neben der wirtschaftlichen Lage dürfte dafür weiterhin die Ende 2001 geschaffene Stundungsmöglichkeit der Verfahrenskosten und die Verkürzung des Wohlverhaltenszeitraums auf sechs Jahre verantwortlich sein. Zahlreiche Verbraucher dürften erst nach einiger Zeit auf diese Möglichkeit der Entschuldung aufmerksam geworden sein.

In **Schleswig-Holstein** wurden 4 984 Anträge auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gestellt. Davon stammte fast jeder dritte (1 516) von Unternehmen, die verbleibenden von sonstigen Schuldnern, darunter 1 761 von Verbrauchern und 1 579 von ehemals selbständig Tätigen. Von allen in Schleswig-Holstein beantragten Verfahren wurden 83 Prozent eröffnet; im Jahr 2001, als noch keine Möglichkeit zur Stundung der Verfahrenskostenbestand, hatte dieser Wert noch drei Fünftel betragen. Weitere 800 Verfahren wurden mangels Masse abgewiesen, und in 69 Fällen wurde ein Schuldenbereinigungsplan angenommen, der zur Abwendung des Verfahrens führt.

b. w.

– Verbreitung mit Quellenangabe erwünscht –

Statistisches Amt
für Hamburg und Schleswig-Holstein
Anstalt des öffentlichen Rechts

Sitz Hamburg
Standorte: Hamburg und Kiel
Internet: www.statistik-nord.de

D-20457 Hamburg, Steckelhörn 12
Telefon: 040 42831-0, Fax: 040 42831-1700
E-Mail: poststelle@statistik-nord.de

D-24113 Kiel, Fröbelstraße 15-17
Telefon: 0431 6895-0, Fax: 0431 6895-9498
E-Mail: poststelleSH@statistik-nord.de

Vorstand:
Dr. Wolfgang Bick, Dr. Hans-Peter Kirschner

Bankverbindung:
HSH-Nordbank AG
BLZ: 210 500 00
Kontonummer: 1000345057

Rund zwei Drittel der Insolvenzanträge schleswig-holsteinischer Unternehmen kamen aus den drei Wirtschaftsbereichen „Baugewerbe“ (370 Fälle), „Handel einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern“ (315 Fälle) und „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen sowie Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen“ (282 Fälle). Im Baugewerbe war nicht nur die höchste Zahl von Insolvenzen zu verzeichnen, sondern auch die höchste Insolvenzhäufigkeit. Dabei wird die Zahl der Insolvenzen auf die der vorhandenen Unternehmen bezogen.

Von den Unternehmensinsolvenzen waren mindestens 8 541 Arbeitnehmer betroffen. Die geschätzten Forderungen gegenüber Unternehmen beliefen sich auf 0,8 Mrd. Euro; im Jahr zuvor waren dies noch 0,6 Mrd. Euro gewesen.

In **Hamburg** wurden insgesamt 2 947 Anträge auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens registriert. 896 (30 Prozent) kamen von Unternehmen, die verbleibenden von sonstigen Schuldner. Mit 1 542 Fällen bildeten in Hamburg die Verbraucher die mit Abstand größte Gruppe der sonstigen Schuldner; weitere 370 Anträge kamen von ehemals selbständig Tätigen.

91 Prozent aller in Hamburg beantragten Insolvenzverfahren wurden auch eröffnet. Dies ist gegenüber 2001 ein Zuwachs um rund 15 Prozentpunkte. In weiteren 246 Fällen wurden die Anträge mangels Masse abgewiesen, und lediglich in fünf Fällen wurde ein Schuldenbereinigungsplan angenommen. Die geschätzte Forderungshöhe halbierte sich gegenüber dem Jahr zuvor und lag bei 0,7 Mrd. Euro.

Der von den Unternehmensinsolvenzen am stärksten betroffene Wirtschaftszweig war in Hamburg der Bereich „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen und Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen“ mit 264 Fällen, gefolgt vom „Handel einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern“ mit 207 Insolvenzen und vom „Baugewerbe“ mit 135 Fällen. Bezieht man diese Fallzahlen auf die Zahl der vorhandenen Unternehmen, dann nimmt auch in Hamburg das Baugewerbe einen Spitzenplatz ein.

Bei den insolventen Hamburger Unternehmen waren zum Zeitpunkt des Antrages fast 14 000 Arbeitnehmer beschäftigt. Die geschätzten Forderungen beliefen sich auf 0,5 Mrd. Euro (im Jahr zuvor 1,2 Mrd. Euro).

Ansprechpartnerin:

Dr. Margarete Haberhauer
Telefon: 0431 6895-9252
E-Mail: margarete.haberhauer@statistik-nord.de